

Kommentar der ÖFSE: Corona-Krise als Chance für eine globale nachhaltige Entwicklung?

Während derzeit in Österreich zwar eine Verknüpfung der Maßnahmen im Kampf gegen die durch die Corona-Krise verursachte Weltwirtschaftskrise mit dem Klimaschutz gefordert wird, droht die dritte Säule der erst im Jahr 2015 bei der UN-Generalversammlung beschlossenen Sustainable Development Goals (SDGs), die globale soziale Dimension, unter den Tisch zu fallen.

Angesichts der drohenden massiven sozialen Folgen von COVID-19 ist gerade der SDG-Ansatz für die Erarbeitung kohärenter Politiken von großer Aktualität. Die Bundesregierung muss die Bekämpfung der sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise in ihrer Entwicklungspolitik deutlich aufwerten.

Kommentar von Michael Obrovsky und Werner Raza (ÖFSE), April 2020:

www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar-april-2020

PA: UN-Landminenaktionstag: Leben wie in einem

unsichtbaren Gefängnis

Der Internationale Tag zur Aufklärung über die Minengefahr am 4. April erinnert an eine heimtückische, unsichtbare Gefahr. Eine Gefahr, die Millionen Menschen bedroht und ihre Bewegungsfreiheit über Jahre, sogar Jahrzehnte einschränkt, berichtet die Hilfsorganisation Gemeinsam gegen Landminen, GGL Austria.

Die Gefahr ist unsichtbar. Sie schränkt die Bewegungsfreiheit massiv ein. Falsches Verhalten kann zum Tod führen. Die gegenwärtige Gesundheitskrise lässt uns bei diesen Sätzen sofort an das Coronavirus denken. Für Millionen Menschen gelten Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit aber schon seit Jahren, oft sogar Jahrzehnten: Der Grund ist die Verseuchung ihres Lebensumfeldes mit Landminen und nicht explodierten Kriegsrelikten.

Aktuell zählt der Landminenmonitor der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL) 60 Staaten und Gebiete, in denen die lokale Bevölkerung unter einer Kontamination mit Minen und explosiven Kriegsrelikten zu leiden hat. Einige Staaten gelten als besonders betroffen, darunter z. B. Afghanistan, der Irak und Jemen, aber auch Bosnien und Herzegowina, Kroatien und die Türkei. Auch das von Marokko besetzte Gebiet der Westsahara zählt dazu.

2018 wurden 6.897 Opfer im Landminenmonitor erfasst. Laut ICBL ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer bis zu drei Mal höher ist. Mit 71 % stammte auch 2018 der Großteil der Opfer von Landminen aus der Zivilbevölkerung. Opfer von Landminen und explosiven Kriegsrelikten sind aber nicht nur jene, die direkt einen Minenunfall erleiden, sondern auch deren Familienangehörige. Und Opfer sind all jene, die in einem minenverseuchten Gebiet leben müssen. Ihr täglicher Leidensdruck ist enorm.

Die Betroffenen leben in der ständigen Angst, ein Familienmitglied durch einen Minenunfall zu verlieren oder selbst zu verunglücken. Wolfgang Schachinger, Präsident der österreichischen Hilfsorganisation Gemeinsam gegen Landminen, kennt die massiven Einschränkungen. *„Menschen in verminten Gebieten leben wie in einem unsichtbaren Gefängnis, was eine große psychische Belastung darstellt. Oft beginnt der Gefahrenbereich bereits am Rand des Dorfes. Ein Bauer in Burma zeigte mir sein Feld gleich hinter seinem Haus und erzählte, dass er dieses seit vielen Jahren nicht mehr bestellen kann. Auch unmittelbar neben frequentierten Wegen kann ein falscher Schritt verheerende Auswirkungen haben. Millionen Menschen müssen so enorme wirtschaftliche Nachteile hinnehmen. Viele leben deshalb in absoluter Armut.“*

Es ist eine besondere Tragik, dass mit 54 % Kinder die größte Gruppe unter den zivilen Opfern stellen. *„Auch nach 18 Jahren, in denen wir uns bei Gemeinsam gegen Landminen für Minenopfer und Menschen, die durch Landminen bedroht werden, einsetzen, erschüttern mich Berichte über den Tod von Kindern zutiefst. So verunglückten im Mai letzten Jahres in unserem Projektland Afghanistan neun Kinder, die neben einer stark befahrenen Hauptstraße spielten. Sieben Kinder, vier davon aus einer Familie, starben! Es ist ein unglaubliches Leid, das diese Menschen erdulden müssen“,* so Schachinger.

„Die derzeitige Gesundheitskrise schränkt auch unsere Bewegungsfreiheit massiv ein. Das lässt uns jetzt vielleicht besser erahnen, mit welchen Beschränkungen die Menschen in mit Landminen kontaminierten Regionen leben. Es ist mir besonders wichtig, dass wir gerade jetzt diese Menschen und ihr Leid nicht aus den Augen verlieren.“

Es darf kein Aufweichen des Landminenverbots geben!

Anfang Februar hat US-Präsident Donald Trump das von seinem Vorgänger Barack Obama 2014 erlassene Verbot des unbegrenzten Einsatzes von Landminen durch das US-Militär aufgehoben. Wie alle involvierten Organisationen hat auch Gemeinsam gegen

Landminen auf diese Entscheidung empört reagiert und verurteilt diese vehement.

Denn die Entscheidung des US-Präsidenten ist ein besorgniserregender Rückschritt und untergräbt die jahrelangen Bemühungen der zahlreichen Staaten und Organisationen, die sich für die Umsetzung der Ottawa-Konvention und gegen den Gebrauch und die Herstellung von Landminen stark machen. Zudem spielt sie anderen Akteuren in die Hände, die ebenfalls von Landminen Gebrauch machen oder sich weigern, der Ottawa-Konvention beizutreten, da diese nun die Entscheidung der USA als Rechtfertigung für ihr eigenes Tun nutzen können.

„In dieser schwierigen Zeit steht GGL weiterhin an der Seite der Betroffenen und appelliert an die Entscheidungsträger, sowohl in Österreich als auch in den USA, gegen die Aufhebung des Verbots durch Präsident Trump zu wirken“, führt Schachinger aus. *„Aus diesem Grund haben wir eine Petition gestartet, die sich an den österreichischen Außenminister Alexander Schallenberg richtet. Dieser will Österreich verstärkt als „Speerspitze der Abrüstung“ positionieren. Hier wollen wir ihn beim Wort nehmen und fordern ihn auf, gegen diese Entscheidung des US-Präsidenten Protest einzulegen und zu verlangen, dass das Verbot weiterhin bestehen bleibt. Ich appelliere an alle, uns dabei zu unterstützen und diese Petition zu unterschreiben.“* Alle Infos zur Petition sind unter www.landmine.at abrufbar.

Der Internationale Tag zur Aufklärung über die Minengefahr

Der „Internationale Tag zur Aufklärung über die Minengefahr und zur Unterstützung bei Antiminenprogrammen“ wird am 4. April zum 15. Mal begangen. Die Vereinten Nationen möchten mit diesem Aktionstag auf die anhaltende Gefahr durch Landminen und explosive Kampfmittelrückstände aufmerksam machen. In einigen Gebieten stellen diese eine noch größere Gefahr als Landminen dar. Hierzu zählt z.B. Streumunition, die beim Einschlag nicht detoniert ist. Aber auch Blindgänger und andere Explosivstoffe, die von abziehenden Streitkräften

zurück gelassen und häufig vergraben wurden, sind für die Bevölkerung vor Ort eine ständige Bedrohung. Der 4. April soll die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisieren.

Weiterführende Informationen: www.landmine.at sowie www.facebook.com/landmine.at

Bildmaterial können Sie unter folgendem Link downloaden:
[GGL Pressebilder 2020](#)

Rückfragen und Kontakt

Mag. Iwona Tscheinig

Gemeinsam gegen Landminen

+43 664 4011233

iwona.tscheinig@ggl-austria.at

Rechercheliste zum Nachhaltigen Entwicklungsziel – SDG 11: „Nachhaltige Städte und Gemeinden“

Die Zukunft ist urban, und das Wachstum der Städte findet nicht zuletzt im globalen Süden statt: Ende des 21. Jahrhunderts werden in 20 Megacities weltweit jeweils mehr als 35 Millionen Menschen leben. Die meisten davon – nämlich 13 – werden in Afrika zu finden sein.

[Komplette Liste zum Downloaden als pdf](#)

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt laut der

Internationalen Organisation für Migration IOM bereits in urbanen Gebieten, und jede Woche ziehen drei Millionen weitere Menschen in Städte. Und dabei sind nicht nur die Megacities im Fokus: Destinationen sind oftmals auch Siedlungen mit weniger als einer Mio. EinwohnerInnen.

Alle aktuellen großen globalen Herausforderungen – von der aktuellen Coronavirus-Epidemie bis zur Klimakrise – müssen auch aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. Im Nachhaltigen Entwicklungsziel, SDG 11, der Vereinten Nationen verpflichten sich Regierungen, bis 2030 die Zahl der Menschen, die in Slums leben, zu reduzieren und allen Menschen Zugang zu angemessenem Wohnraum zu verschaffen.

Aspekte & Fragestellungen rund um SDG 11, Nachhaltige Städte und Gemeinden:

- Was braucht es, damit Städte – gerade im globalen Süden – sicher, widerstandsfähig, nachhaltig und inklusiv werden?
- Wie sieht eine den Zielen der SDGs entsprechende Stadtplanung aus? Wie umgehen mit Slums? Wie Inklusion erzeugen?
- Wie können Länder im globalen Süden Urbanisierung nutzen, um in der Wirtschaft Impulse zu setzen?
- Für den Ernstfall gerüstet: Was brauchen Metropolen, um sich für Katastrophenszenarien, von der Epidemie bis zum Blackout, zu rüsten?
- Heißes Pflaster: Wie kann man Städte Klima-fit machen?
- Smart Cities für den globalen Süden? Wie könnte man das Konzept „Städte fortschrittlicher, effizienter und grüner machen“ auf den globalen Süden übersetzen? Ist es möglich, dass Städte im globalen Süden Digitalisierung und neue Technologien nutzen, um „aufzuholen“ (so wie in anderen Bereichen der globale Süden Entwicklungsschritte übersprungen hat)?
- Wie kann man Städte als Orte für alle gestalten – Stichwort globaler Kampf um Wohnraum und Mietrechten?

- Städtekooperationen: Wer kann von wem lernen?

SDG 11 im Detail

SDG Watch Austria ist sowas wie der SDG-Watchdog in Österreich, ein Zusammenschluss von mehr als [180 zivilgesellschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen](#), die sich gemeinsam für eine ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 einsetzen. Die Plattform beschreibt das Ziel 11 im Detail im Sinne der Vereinten Nationen wie folgt:

11.1 Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren

11.2 Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen

11.3 Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken

11.4 Die Anstrengungen zum Schutz und zur Wahrung des Weltkultur und -naturerbes verstärken

11.5 Bis 2030 die Zahl der durch Katastrophen, einschließlich Wasserkatastrophen, bedingten Todesfälle und der davon betroffenen Menschen deutlich reduzieren und die dadurch verursachten unmittelbaren wirtschaftlichen Verluste im Verhältnis zum globalen Bruttoinlandsprodukt wesentlich verringern, mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Armen und von Menschen in prekären Situationen

11.6 Bis 2030 die von den Städten ausgehende Umweltbelastung

pro Kopf senken, unter anderem mit besonderer Aufmerksamkeit auf der Luftqualität und der kommunalen und sonstigen Abfallbehandlung

11.7 Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen

11.a Durch eine verstärkte nationale und regionale Entwicklungsplanung positive wirtschaftliche, soziale und ökologische Verbindungen zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten unterstützen

11.b Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen und gemäß dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015-2030 (vgl.

https://www.dkkv.org/fileadmin/user_upload/Themenseiten/Sendai_Rahmenwerk_fuer_Katastrophenvorsorge_web_.pdf) ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement auf allen Ebenen entwickeln und umsetzen

11.c Die am wenigsten entwickelten Länder unter anderem durch finanzielle und technische Hilfe beim Bau nachhaltiger und widerstandsfähiger Gebäude unter Nutzung einheimischer Materialien unterstützen

Fakten

Jeder achte Mensch lebt in einer Megastadt mit mehr als zehn Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern (Quelle: Vereinte Nationen, 2018)

27 der 33 Megastädte, die es weltweit gibt, liegen im globalen Süden (Quelle: Vereinte Nationen, 2018)

Bis 2030 werden 60 Prozent der städtischen Bevölkerung weltweit jünger als 18 Jahre sein (UN-Habitat, 2016)

80% der weltweiten Wirtschaftsleistung werden in Städten generiert (Quelle: UN Habitat, 2016)

In 75% der Städte weltweit ist die Ungleichheit heute höher als vor 20 Jahren (Quelle: UN Habitat, 2016)

883 Millionen Menschen, fast ein Viertel der weltweiten Stadtbevölkerung, leben in informellen Siedlungen oder Elendsvierteln, 520 Millionen davon in Asien. In Subsahara-Afrika lebt mehr als die Hälfte der urbanen Bevölkerung in informellen Siedlungen (N Special Rapporteur on adequate housing, 2018)

Weiterführendes & Ansprechpersonen

Die 4. Ausgabe der Weltnachrichten 2019 der Austrian Development Agency (ADA) zeigt auf, was nötig ist, damit Städte der Zukunft inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig werden:

<https://www.entwicklung.at/weltnachrichten#!>

Das Südwind-Magazin widmete einen Schwerpunkt „dem Kampf um die Stadt“, also rund um Wohnraum, Zugang zu öffentlichen Raum etc.

<https://www.suedwind-magazin.at/kampf-um-die-stadt>

Das jährlich stattfindende „Urbanize!“-Festival für urbane Erkundungen gibt kritischen Reflexionen zu Stadt-Themen Raum. urbanize.at

Dérive, die Zeitschrift für Stadtforschung, ist international, interdisziplinär und gesellschaftskritisch ausgerichtet. <https://derive.at>

Die Zeitschrift AK Stadt der Arbeiterkammer Wien beleuchtet kommunale Aspekte aus Sicht der ArbeitnehmerInnen, 2019 etwa mit einer Ausgabe zum Thema [Gentrifizierung in Wien](#).

Frisch erschienen ist das Buch „Stadtkonflikte: Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung“ von Gabu Heindl.
<https://www.mandelbaum.at/buch.php?id=974&action=autorin&menu=buecher>

Gabu Heindl ist Architektin, Stadtplanerin und Aktivistin in Wien und arbeitet zu den Themen öffentliches Bauen, leistbares Wohnen und kollaborative Bauvorhaben. Sie unterrichtet an der AA London, Sheffield University und in Wien.

<https://www.mandelbaum.at/buch.php?id=974&menu=buecher>

Auf internationaler Ebene ist etwa die Cities Alliance eine interessante Initiative:

www.citiesalliance.org

Leilani Farha ist UN-Sonderberichterstatterin zum Recht auf angemessenes Wohnen. Sie spricht immer wieder die Geschäftemacherei auf Kosten von MieterInnen an.

Alain Kanyinda, Strategieberater und Senior-Programmkoordinator bei UN-Habitat, sprach mit den Weltnachrichten der ADA über das Programm für menschliche Siedlungen der Vereinten Nationen, sowie über die Herausforderung der Urbanisierung.

<https://www.entwicklung.at/weltnachrichten#!/de/rlcfBD0h/staedte-haben-eine-schluesselrolle-wenn-es-darum/>

PA: COVID-19 **Unterstützungsmaßnahmen** **müssen auch für NGO gelten**

Auch zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre 250.000 Beschäftigte unter Druck

Wien, 18.03.2020 (OTS – AG Globale Verantwortung). Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus haben nicht nur massive Auswirkungen auf österreichische Unternehmen, sie treffen auch österreichische Nichtregierungsorganisationen. Der Großteil der gemeinnützigen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen ist im Dienstleistungsbereich tätig und leistet seit jeher wertvolle Aufgaben für die Gesellschaft, sei es im Sozial-, Umwelt-, entwicklungspolitischen und humanitären Bereich.

„Die Unterstützungsmaßnahmen, die die Bundesregierung für Unternehmen anbietet, sind wichtig und zu begrüßen“, so Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbandes Globale Verantwortung mit 35 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe. „Die Hilfspakete und Unterstützungsmaßnahmen müssen aber auch für gemeinnützige und zivilgesellschaftliche Organisationen gelten bzw. offen sein. Da braucht es Klarstellungen, beispielsweise ob die Kurzarbeitsregelungen auch für (kleinere) Nichtregierungsorganisationen gelten, die keine Betriebsvereinbarungen haben. Es braucht beispielsweise Unterstützung für NPOs bei finanziellen Engpässen, da Dienstleistungen oder Projekte nicht mehr durchgeführt werden können. Vor allem weil gemeinnützigen Vereinen der Aufbau von Reserven durch Förderstellen bzw. die Finanzverwaltung gesetzlich untersagt bzw. sehr stark beschränkt ist, kann es bei ihnen schnell zu Liquiditätsproblemen kommen. Es braucht Krisenfonds zur Abdeckung existenzbedrohender Einnahmenverluste, Stundungen, Möglichkeiten zu Ratenzahlungen, Flexibilität bei Fördergebern etc. und eben Zugang zu den Unterstützungsmaßnahmen, die zur Zeit nur für Unternehmen konzipiert sind“, erläutert Vilim die dringend notwendigen Schritte.

“Der gemeinnützige Sektor gibt 250.000 Menschen Arbeitsplätze. Auch diese brauchen nun Unterstützung und müssen abgesichert sein, ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen, damit

sie ihre wohltätigen und systemerhaltenden Aufgaben für unsere Gesellschaft jetzt und später fortsetzen können. Ich appelliere an die Bundesregierung, die Unterstützungsmaßnahmen auch für gemeinnützige, zivilgesellschaftliche Organisationen zu öffnen und spezifische Nothilfe- bzw. Unterstützungsmaßnahmen zu beschließen“, schließt Vilim.

Rückfragen & Kontakt:

AG Globale Verantwortung

Wolfgang Marks

Öffentlichkeitsarbeit

+43 1 522 44 22 – 15, +43 699 17 20 42 07

wolfgang.marks@globaleverantwortung.at

www.globaleverantwortung.at

Konferenz: Weltweite Zusammenarbeit in Würde und Gerechtigkeit

2015 haben die UN Mitgliedsstaaten 17 nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs) beschlossen, die bis 2030 unseren Planeten lebenswerter für alle machen sollen. Papst Franziskus benennt in der Enzyklika „Laudato Si“ brennende Themen wie Umwelt- und Klimaschutz sowie ungerechte Ressourcenverteilung in der Welt. In der Agenda für die Menschlichkeit, dem 5-Punkte-Plan des Weltgipfels für Humanitäre Hilfe, sind Maßnahmen für die Linderung humanitärer Not beschrieben.

Datum und Ort:

22. – 24.04.2020

Bildungshaus St. Hippolyt

Eybnerstraße 6, 3100 St. Pölten

Ernährungssicherheit, Kinder und Zukunft, Humanitäre Hilfe
Dem Ziel, Hunger in der Welt zu besiegen, scheinen wir mit diesen Plänen näher gekommen zu sein. Doch ungerechte Lebensbedingungen, fehlender Zugang zu Bildung, Hunger, Armut, Krieg und Naturzerstörung sind nach wie vor Teil unserer Wirklichkeit. Was braucht es also, um die oben genannten Pläne nachhaltig umzusetzen? Wie müssen wir Systeme verändern, um Menschen tatsächlich aus der Armut zu bringen und ihnen eine Perspektive zu geben? Diese Fragen werden in Vorträgen von ExpertInnen beleuchtet, in Sessions vertieft und mit PraktikerInnen aus der Projektarbeit diskutiert.

Die Konferenz ist dreisprachig (dt., engl., fr.). Keynotes, Diskussionen und einzelne Sessions werden simultan übersetzt. Der Großteil der Sessions finden in deutscher oder englischer Sprache statt.

Programmübersicht

- [Keynotes](#)
- [Sessions](#)
- [Speaker](#)

Kontakt und Rückfragen:

presse@caritas-stpoelten.at

PA:

Weibliche

Genitalverstümmelung: Jede Betroffene ist eine zu viel

Weltweit leben über 200 Millionen Mädchen und Frauen mit den Folgen weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM). Pro Jahr laufen weitere 3 Millionen Mädchen und Frauen Gefahr, Opfer dieser massiven Menschenrechtsverletzung zu werden. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert Aufklärungsarbeit und bessere Gesundheitsversorgung in Äthiopien und Burkina Faso, um FGM einzudämmen.

„Null Toleranz gegenüber FGM“ heißt es jedes Jahr am 6. Februar, wenn die internationale Gemeinschaft am Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung die schockierenden Zahlen in Erinnerung ruft. Mit insgesamt 1,2 Millionen Euro fördert die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, 4 Projekte österreichischer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Äthiopien und Burkina Faso. Die Projekte setzen Maßnahmen gegen die grausame Praxis und fördern besseren Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung für Frauen. Bis 2021 sollen rund 110.000 Personen direkt davon profitieren.

Keine Zeit zu verlieren

„Es braucht vor allem Eines, um weibliche Genitalverstümmelung ein für alle Mal auszurotten: Aufklärung, Zeit – und die vereinten Kräfte aller Mitglieder der Gesellschaft. Nur so können wir die tatsächliche Gleichstellung von Mädchen und Frauen erreichen, und dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein“, betont ADA-Geschäftsführer Martin Ledolter anlässlich des Internationalen Tages der Nulltoleranz gegenüber FGM. Die vergangenen Jahre verzeichneten einen leichten Rückgang von FGM. Dennoch ist „jedes Mädchen, das Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung wird, ein Mädchen zu viel“, so Ledolter, und er ergänzt: „Wir haben im Kampf gegen FGM keine Zeit zu

verlieren!“

Aufklärung, Prävention, Betreuung und Behandlung

Mit der Förderung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit leisten HORIZONT3000, die Österreichische Caritaszentrale, das Österreichische Rote Kreuz sowie die Privatstiftung Hilfe mit Plan Österreich gemeinsam mit lokalen Partnern in Äthiopien und Burkina Faso Aufklärungsarbeit. Vor allem einflussreichen religiösen und traditionellen Führern sowie Lehrerinnen und Lehrern und dem Gesundheitspersonal vor Ort kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Auch das Tabuthema sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen soll mit den unterstützten Projekten aufgebrochen werden. Zusätzlich stärken die Initiativen die lokalen medizinischen Kapazitäten zur Prävention, Betreuung und Behandlung von FGM und den daraus resultierenden Gesundheitsproblemen.

Globales Thema

Schmerzen beim Urinieren, qualvolle Menstruationsbeschwerden, Lebensgefahr beim Entbinden, hohes Infektionsrisiko und permanente Traumata: Frauen und Mädchen, deren Geschlechtsorgane teilweise oder zur Gänze unter oft katastrophalen hygienischen Bedingungen entfernt wurden, leiden ein Leben lang an den Folgen ihrer schweren Körperverletzung. Weibliche Genitalverstümmelung konzentriert sich weltweit auf rund 30 Länder, und dabei hauptsächlich auf den Westen, Osten und Nordosten Afrikas sowie den Mittleren Osten und Asien. Aber auch bei Migrantinnen und Migranten im Ausland ist FGM Thema.

Es sind soziale Normen und kulturelle Faktoren, die als Antwort auf die Frage herangezogen werden, warum sich FGM weiterhin hartnäckig hält. Aber egal wo weibliche Genitalverstümmelung das Leben und die Gesundheit von Mädchen und jungen Frauen gefährdet – sie beruht überall auf tiefverwurzelten Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen. Sie ist das Resultat extremer Diskriminierung. Die

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich seit Anbeginn für Geschlechtergleichstellung und die Wahrung der Rechte von Mädchen und Frauen ein.

[Fotos zum Download](#)

Austrian Development Agency

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA derzeit Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro um.

Rückfragehinweis:

Austrian Development Agency,
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien
Mag. Katharina Schreiber
Tel.: +43 (0)1 90399-2414
katharina.schreiber@ada.gv.at
www.entwicklung.at

Pressemitteilung: DIGITAL. NACHHALTIG. SOZIAL. World Summit Awards

Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind bekannt, doch wie kann die rasche technologische Entwicklung genutzt werden, um die globalen Entwicklungsziele (UN SDGs) umzusetzen? Und wie

lässt sich herausfinden, wer weltweit bereits nachhaltige Veränderungen herbeiführt? Beim WSA Global Congress präsentieren 45 Social-Tech-Unternehmer ihre kreativen und innovativen Lösungen [zur Erreichung der UN-SDGs](#). Internationale Start-ups, Social Entrepreneurs und SprecherInnen aus über 120 Ländern werden sich in dem [interaktiven Programm](#) mit heimischen Unternehmern und VertreterInnen aus Politik, Privatwirtschaft, Universitäten und Start-Up Community zu den **Themenschwerpunkten „Female Entrepreneurship“ und „Technologie und Ethik“** austauschen.

Unter den diesjährigen SprecherInnen finden sich:

- [Anne Shongwe](#), UN Women, South Africa
- [Hon. Paula Ingabire](#), Minister for ICT, Rwanda
- [Marcus East](#), Technical Director, Office of the CTO – Google, USA
- Max Schrems, Honorary Director/Data Protection Lawyer noyb, Austria
- [Damien Marchi](#), VP Marketing & Communications, Gameloft, France
- [Jehan Ara](#), President [P@SHA](#), Pakistan
- Peter Bosek, CEO, Erste Group

Wann? 9. -11. März, 2020

Wo? Erste Bank Campus, Wien

Mehr

Information:

<https://www.worldsummitawards.org/wsa-global-congress-2020-vienna/>

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) fordern das weltweite Handeln in drei Hauptthemen bis 2030: Armut, den Klimawandel und die Bekämpfung von Ungerechtigkeit und Ungleichheit. IKT ist ein wesentlicher Bestandteil nahezu aller Aspekte unseres Lebens geworden, die Digitalisierung macht das moderne Leben bequemer und effizienter. Die kreative und adäquate Nutzung von IKT hat

aber auch das Potential, einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der 17 SDGs zu leisten.

Beim WSA Global Congress am Erste Campus in Wien werden konkrete digitale Lösungen präsentiert, die bereits zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Junge Social Entrepreneurs aus allen Teilen der Welt zeigen, wie sie globale Klüfte verringern – in den Bereichen Klimaschutz, Bildung, Gesundheit oder Geschlechtergleichstellung.

Sei es Ecosia aus Deutschland – die erste ökologische Suchmaschine, die Bäume für Suchanfragen pflanzt, oder Mapalytics aus Pakistan, eine Lösung, die historische Stätten durch fotorealistische 3D-Modelle für alle zugänglich macht. Kea Medicals aus Benin haben einen digitalen medizinischen Fingerabdruck entwickelt, um sicherzustellen, dass die richtigen Patienteninformationen rechtzeitig verfügbar sind und Sekura aus Israel ermöglicht Frauen, sich gegenseitig die sichersten Heimwege mitzuteilen.

Die 45 social Techpreneurs, die aus über 400 Nominierungen aus 182 teilnehmenden Ländern ausgezeichnet wurden, bieten einen einzigartigen Überblick, wie digitale Innovationen zur Erreichung der UN SDGs beitragen.

Darüber hinaus ist der WSA Global Congress nicht nur eine Konferenz, sondern eine Netzwerk- und Lernreise für alle Interessierten, die sich mit internationalen Changemakers und IKT-Experten treffen und sich zu den Themenschwerpunkten „Female Entrepreneurship“ und „Technologie und Ethik“ austauschen möchten.

Im Rahmenprogramm des WSA Global Congress und in Partnerschaft mit der Advantage Austria werden die finalen Pitches der Africa-India Innovation Challenge stattfinden, ebenso wie bereits zum dritten Mal der Josef Umdasch Forschungspreis.

Für Ihre Akkreditierung wenden Sie sich bitte an:

Manuela Wagner

Global Community Manager, World Summit Awards

mailto: manuela@worldsummitawards.org

Tel: +43.660.630408.7

www.worldsummitawards.org

<https://www.facebook.com/worldsummitawards/>

www.twitter.com/WSA0ffice #WSA

Globale Dialoge – Workshops 2020 von Women on Air

Recherche-Workshop am Beispiel der UN-Frauenkonferenzen und Feminismus und Nachhaltigkeit (SDGs).

Recherche-Workshop am Beispiel der UN-Frauenkonferenzen

Referentin: Julia Günther, Soziologin, externe Lehrende im Bereich Entwicklungspolitik, Feminismus, Gender und Postkoloniale Theorien, langjähriges WIDE Mitglied, Psychotherapeutin i.A.u.S.

UN-Frauenkonferenzen und die jährlich stattfindende Frauenstatuskommission der UN finden in Mainstream-Medien kaum bis keine Beachtung. In diesem Workshop nähern sich die TeilnehmerInnen inhaltlich der gender-spezifischen und feministischen Arbeit der UN an und überlegen dabei, wie Journalismus machtkritisch, feministisch, entwicklungspolitisch und kolonial-kritisch sein kann, ohne sich dem Vorwurf der Einseitigkeit auszusetzen.

Ziel dieses Workshops ist es, die eigene Rolle als JournalistIn kritisch zu reflektieren, neue Narrative für politische Themen, wie die UN-Frauenkonferenzen, zu finden

sowie eine gendersensible und konstruktive Sprache und Erzählweise zu entwickeln.

Wann/Wo: Dienstag, 31.3.2020, 18:00-21:00 @ Radio Orange 94.0
– Klosterneuburgerstraße 1, 1200-Wien

ANMELDUNG//REGISTRATION: Für alle Menschen, Redaktionen, Radiomacherinnen offen und solche die es werden möchten. All genders welcome. Anmeldung unter: womenonair@o94.at.

Workshop: Feminismus und Nachhaltigkeit (SDGs)

Referentin: Annelies Vilim (Geschäftsführerin – Globale Verantwortung)

Wann/Wo: Di. 28.04.2019, 18-21 Uhr @ Radio Orange 94.0 –
Klosterneuburgerstraße 1, 1200-Wien

ANMELDUNG//REGISTRATION: Für alle Menschen, Redaktionen, Radiomacherinnen offen und solche die es werden möchten. All genders welcome. Anmeldung unter: womenonair@o94.at.

Mehr Infos unter: https://noso.at/?page_id=3673

PRESSEAUSSSENDUNG: AG Globale Verantwortung gratuliert neuer Regierung

Aufgewertete Entwicklungspolitik bringt Ausbau der Hilfe vor Ort

Wir gratulieren der neuen Bundesregierung zur heutigen Angelobung und wünschen viel Erfolg für die rasche Umsetzung des Regierungsprogramms. Im Besonderen möchten wir Außenminister Alexander Schallenberg gratulieren und freuen

uns auf die weitere gute Zusammenarbeit“, so Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbandes Globale Verantwortung mit 35 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe, zur Angelobung der neuen Regierung. „Das Kapitel zur Entwicklungszusammenarbeit enthält mit der geplanten umfassenden Gesamtstrategie entlang der Agenda 2030, die eine kohärente Ausrichtung auf entwicklungspolitische Ziele ermöglicht, einer erstmaligen Strategie für die Humanitäre Hilfe Österreichs, der Initiative eines Zukunftspakts mit Afrika auf EU-Ebene und substantiellen Erhöhungen der Entwicklungsgelder viele ermutigende Signale für eine engagierte und vor allem gestärkte Entwicklungspolitik. Mit einer konsequenten Umsetzung der Vorhaben würde die Entwicklungspolitik definitiv eine Aufwertung erfahren. In Zeiten zunehmender, oft langanhaltender Krisen und Konflikte könnte Österreich so zu mehr politischer Stabilität und sozialer Sicherheit für Menschen beitragen. Und vor allem: Lebensperspektiven für Menschen schaffen“, betont Vilim.

„Nachdem der Vizekanzler den Ausbau der bilateralen Mittel und des Auslandskatastrophenfonds öffentlich bekräftigt hat, gehe ich davon aus, dass die Bundesregierung die finanziellen Weichen für eine Aufwertung der Entwicklungspolitik bereits im kommenden Budget stellt. Österreich wird damit für Millionen Menschen zu einem guten sowie sicheren Leben auf einem gesunden Planeten beitragen“, schließt Vilim.

Rückfragehinweis:

Mag. Wolfgang Marks, BA

Pressereferent

Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Apollogasse 4/9, 1070 Wien

Tel.: +43 1 522 44 22 – 15

www.globaleverantwortung.at

www.facebook.com/globaleverantwortung

PA: Nobelpreis: Österreich unterstützt Reformen und Frieden, aber weiterhin große Herausforderungen in Äthiopien

Abiy Ahmed wird morgen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Äthiopien erzielte bei Ernährungssicherheit, Basisversorgung und weniger Armut bereits wichtige Erfolge. Dennoch zählt das Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zu den ärmsten Nationen der Welt. Die Austrian Development Agency unterstützt den Friedensprozess am Horn von Afrika und hilft, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.

Wien, 9. Dezember 2019 – Dass es Reformen in einem Land wie Äthiopien braucht, einem Land mit 98 Nationalitäten und Ethnien bzw. 93 Sprachen, ist unbestritten. Äthiopien ist mit massiven demokratiepolitischen und menschenrechtlichen Defiziten konfrontiert. Sein junger Regierungschef Abiy Ahmed will diese Herausforderungen nun durch eine umgestaltete Gesetzgebung und mit gestärkten demokratischen Institutionen überwinden. Morgen, Dienstag, nimmt Ahmed in Oslo den Friedensnobelpreis entgegen. Die Austrian Development Agency (ADA) unterstützt sowohl den innerstaatlichen Reformprozess als auch die Friedenssicherung in der Region. Äthiopien ist seit 1993 ein Schwerpunktland der Österreichischen

Entwicklungszusammenarbeit.

Eine Stimme haben, die zählt

„Wir wollen den gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Dienstleistungen, zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Wasser stärken. Es geht darum, die Schnittstellen zwischen Regierung und Bevölkerung zu verbessern. Vor allem mehr Frauen sollen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. Sie sollen wissen, dass sie eine Stimme haben, die zählt – und diese auch einbringen“, sagt Stefan Hlavac, Leiter des Büros der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Addis Abeba, das von der ADA geführt wird.

Bürgerinnen und Bürger bestimmen mit

Mit dem „Ethiopian Social Accountability Programme“ der Weltbank etwa lernen Gemeindebedienstete sowie Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Maßnahmen der Grundversorgung mit den tatsächlich Betroffenen zu diskutieren. So verhandelten die Bewohnerinnen und Bewohner von Awash in der Oromia-Region mit den lokalen Behörden den Ausbau des Wasserreservoirs der Stadt, das ursprünglich für 10.000 Leute ausgelegt war. Wegen des starken Bevölkerungswachstums benötigten zwischenzeitlich jedoch über 40.000 Menschen Zugang zu sauberem Wasser. Gemeinsam wurde eine Lösung für den erhöhten Finanzierungsbedarf gefunden. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert das Programm seit 2015 mit 4 Millionen Euro.

Rigoroser Reformkurs

Abiy Ahmed ist erst seit April 2018 im Amt und der erste Äthiopier, dem der Friedensnobelpreis verliehen wird. Vom „Gorbatschow Afrikas“, von „Afrikas Mann für den Frieden“, „Afrooptimismus“ und „Abiymania“ war die Rede, seitdem das Nobelkomitee verkündete, dem äthiopischen Ministerpräsidenten die international wohl angesehenste politische Auszeichnung zu verleihen. Ahmed erhält den Preis für seine Initiative zur Lösung des Grenzkonflikts mit Eritrea. Auch sein entschlossener Reformkurs wird damit gewürdigt.

Die äthiopische Bevölkerung steht grundsätzlich hinter den Reformen. Dennoch ist Äthiopien weiterhin sehr fragil und instabil, Unruhen mit über 80 Toten erst Ende Oktober dieses Jahres zeugen davon. Wichtig sei nun, „die Voraussetzungen für eine friedliche Umstrukturierung des politischen Systems und für faire Wahlen 2020 zu schaffen“, so Hlavac. Durch das Aufflammen lang unterdrückter Konflikte ist der Hass zwischen verschiedenen Volksgruppen derzeit am Wachsen. Diese Konflikte und Dürren in den südöstlichen Regionen des Landes sind der Grund für etwa 3 Millionen Binnenflüchtlinge.

Voraussetzungen für Frieden schaffen

Für bessere Lebensbedingungen vor Ort werden grenzübergreifender Frieden, Sicherheit und Stabilität dringend gebraucht. Österreichs Rolle ist dabei nicht unwesentlich. So finanziert die ADA ein Studienprogramm des [Instituts für Frieden und Sicherheitsmanagement in Afrika](#) an der Universität Addis Abeba, das die frühzeitige Erkennung und letzten Endes Beilegung von Konflikten zum Ziel hat. Seit 2011 sind insgesamt 1,3 Millionen Euro in die Weiterbildung von Fachpersonal der Afrikanischen Union geflossen. Bis 2020 sollen 300 Personen ihr Studium abgeschlossen haben und mit ihrem Wissen zur Stabilisierung der Region beitragen.

Austrian Development Agency

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA derzeit Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro um.

Rückfragehinweis:

Austrian Development Agency,
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien
Mag. Katharina Schreiber

Tel.: +43 (0)1 90399-2414
katharina.schreiber@ada.gv.at